

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich: Fachbereich 1, Allgemeine Verwaltung	Datum: 14.09.2000
	Schriftführer: Herr Kredelbach Telefon-Nr.: 02202/14-2237
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am 05.09.2000
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener- Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr –20:20 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) Keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkte	

A Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 20.06.2000 - öffentlicher Teil -
478/2000**
4. **Mitteilung der Bürgermeisterin;
hier: Schriftliche Mitteilung zur Strukturuntersuchung Schildgen/Katterbach
531/2000**
5. **Interkommunales Gewerbegebiet Spitze
506/2000**
6. **Benennung einer Erschließungsstraße in Refrath;**

Anregung der Eigentümergemeinschaft Klein, vertreten durch Herrn Helmut Klein, Siebenmorgen 6a, Bergisch Gladbach - Refrath
536/2000

7. **Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten;
Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Rechtsrheinischer Kölner Randkanal**
534/2000
8. **Bericht des Fachbereiches 1 zur Zielvereinbarung beim Produkt "Personalentwicklungskonzept"**
540/2000
9. **Alterteilzeit für Beamte**
541/2000
10. **Entwicklung der schienengebundenen Güterlogistik in Bergisch Gladbach**
512/2000
11. **Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Stabsstelle "Behördenlotse" zur Unterstützung insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Handwerksbetriebe im Rahmen von Baugenehmigungs- und Nutzungsänderungsverfahren**
523/2000
12. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie verweist auf eine Tischvorlage zum Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2000 hinsichtlich des Ausbaus der S-Bahnlinie 11.

Herr Freese fragt an, ob der Tagesordnungspunkt 5 des nichtöffentlichen Teiles in den öffentlichen Teil verlagert werden könne. Aufgrund der Presseberichterstattung bestehe keine Veranlassung mehr, ihn nichtöffentlich abzuhandeln.

Frau Opladen verneint dies, da es sich um eine personalrechtliche Angelegenheit handle.

Danach nimmt sie zum Antrag der SPD-Fraktion Stellung. Dieser sei nicht dringlich, weshalb sie beabsichtige, ihn für die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 24.10.2000 vorzusehen.

Danach begründet Herr Freese den Antrag seiner Fraktion. Bergisch Gladbach sei inzwischen in der Förderliste des Landes sehr weit nach hinten gesetzt worden. Der Grund sei der Stand des Bauleitplanverfahrens für den Bereich S-Bahnhof. Es sei notwendig, dieses mit einer größeren Priorität zu versehen, damit die Stadt in der Förderliste des Landes wieder nach vorne gesetzt werde.

Herr Müller verweist auf die Vorlage zum Antrag, in der alles wesentliche ausgesagt sei. Eine Dringlichkeit könne er nicht erkennen, weshalb er für eine ordnungsgemäße Behandlung des Vorganges in der Sitzung des Hauptausschusses am 24.10.2000 plädiere. Dies biete nicht nur Gelegenheit, fehlende Unterlagen beizubringen, sondern auch die Angelegenheit in den Fraktionen ordnungsgemäß diskutieren zu können.

Bürgermeisterin Opladen betont, daß der Bebauungsplan Nr. 2110 – Bahnhof Bergisch Gladbach – bereits mit absoluter Priorität bearbeitet werde. Ausweislich der Vorlage sei bereits für den Planungsausschuß am 26.10.2000 der Beschluß zur öffentlichen Auslegung vorgesehen. Der Stand entspreche somit dem Anliegen des Antrages.

Auf Nachfrage von Frau Böcher führt Bürgermeisterin Opladen in Abstimmung mit Stadtbaurat Schmickler aus, daß der Verwaltung die Möglichkeit eines Fristversäumnisses durch eine Nichtbehandlung des Antrages derzeit nicht bekannt sei.

Sodann faßt der Hauptausschuß mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion folgenden **Beschluß**:

Eine Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2000 hinsichtlich des Ausbaus der S-Bahnlinie 11 wird abgelehnt.

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Dr. Fischer nimmt Bezug auf die Beantwortung einer Anfrage von Frau Schmidt-Bolzmann aus der Sitzung vom 20.06.2000 zum Verbundfahrplan 2000 des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg. Er merkt an, daß sich die Fragestellung seinerzeit auf die Erstellung eines Einzelfahrplanes für den Bereich von Bergisch Gladbach bezogen habe. Die Beantwortung unter Hinweis auf den Einzelfahrplan für den Bereich Rheinisch-Bergischer Kreis sei daher nicht korrekt, zumal dieser Fahrplan keine handliche schematische Übersicht über die Buslinien in Bergisch Gladbach enthalte. Die F.D.P.-Fraktion halte daher an dieser Anregung fest und bitte darum, diese weiterzuleiten.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß die Stadtverkehrsgesellschaft über das Anliegen der F.D.P.-Fraktion bereits im Bilde sei.

Im übrigen wird die Niederschrift genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 20.06.2000 - öffentlicher Teil -

Bürgermeisterin Opladen aktualisiert den Bericht hinsichtlich der Punkte 6, 10 und 16. Diese Aktualisierung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Hoffstadt bittet um nähere Erläuterungen hinsichtlich des Sachstandes zu Punkt 13.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, dies unter Punkt 4 der Tagesordnung zu ergänzen.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß den Bericht zur Kenntnis.

**4 Mitteilung der Bürgermeisterin
hier: Schriftliche Mitteilung zur Strukturuntersuchung Schildgen/Katterbach**

a) Sachstand der Umsetzung der Resolution der Stadt Bergisch Gladbach hinsichtlich Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der NS-Zeit

Herr Schmickler versichert, daß die Verwaltung bemüht sei, die in der Resolution angekündigten städtischen Maßnahmen zügig umzusetzen.

Herr Ziffus wünscht eine konkrete Information, inwieweit die Resolution inzwischen umgesetzt wurde.

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß über die Stadt Köln die Anfrage eines ehemaligen Zwangsarbeiters an die Stadt Bergisch Gladbach weitergeleitet

wurde, die ehemaligen Stätten seiner früheren zwangsweisen Unterbringung besuchen zu dürfen. Sie beabsichtige, den Gast zu empfangen. Die genaueren Modalitäten müßten allerdings noch geklärt werden.

Über den Deutschen Städtetag habe sie erfahren, daß die Bundesregierung ihren Beitrag zum Entschädigungsfonds in voller Höhe geleistet habe. Für kommunale Zahlungen bestehe somit kein Erfordernis mehr. Die genauen Hintergründe werde sie den Fraktionen schriftlich mitteilen.

Herr Hoffstadt regt an, im Rahmen des Besuches eine Begegnung zwischen dem ehemaligen Zwangsarbeiter und Bergisch Gladbacher Schülern zu arrangieren.

Bürgermeisterin Opladen greift diese Anregung auf, will sich aber nach den Wünschen des Besuchers richten.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß der Industriefonds bislang nicht aufgefüllt wurde. Hier stünden auch Bergisch Gladbacher Firmen in der Pflicht. Er möchte von Bürgermeisterin Opladen wissen, inwieweit diese sich bislang in dieser Richtung bemüht habe.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß dies nicht Bestandteil der Resolution gewesen sei. Sie werde hierzu daher heute keine Auskunft geben.

b) Ernennung des neuen Leiters für den Fachbereich 4

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß der Personalrat der Ernennung von Herrn Werner Ludwig zum neuen Leiter des Fachbereiches 4 zugestimmt habe. Herr Ludwig werde ab dem 12.09.2000 die neue Aufgabe wahrnehmen.

c) Fotoausstellung über Pszczyna

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß im Rahmen des Stadt- und Kulturfestes im Bergischen Löwen auch eine Fotoausstellung über die Partnerstadt Pszczyna zu sehen sei. Eröffnet werde die Ausstellung am Samstag, dem 09.09.2000, um 11.30 Uhr. Als Gäste würden hierzu der Bürgermeister, der Ratsvorsitzende, der stellvertretende Ratsvorsitzende sowie die Sachbearbeiterin für Stadtmarketing der Stadt Pszczyna erwartet. Sie bittet die Ratsmitglieder um möglichst zahlreiches Erscheinen.

d) Schriftliche Mitteilung zur Strukturuntersuchung Schildgen/Katterbach

Bürgermeisterin Opladen verweist auf die schriftliche Vorlage.

Herr Freese geht davon aus, daß die Verwaltung die Bebauungsvorstellungen der Firma „Familia Gesellschaft für familiengerechtes Bauen mbH“ auf einem Grundstück in Schildgen kritisch bewerte. Die Firma habe alle Ratsmitglieder über ihre Bebauungswünsche schriftlich informiert. Er bittet darum, die Zusammenhänge etwas näher zu erläutern.

Herr Schmickler antwortet, daß auch er von der Firma angeschrieben wurde. Man habe dieser zu Recht geantwortet, die ordnungsgemäße Behandlung der Strukturuntersuchung im Hauptausschuß am 24.10.2000 abzuwarten. Er könne keinen Grund erkennen, den Bauwünschen der Firma vorher entgegenzukommen. Keinesfalls habe die Verwaltung bereits jetzt eine ablehnende Haltung gegen die Bebauung des von der Firma ins Auge gefaßten Grundstückes.

Herr Dr. Fischer ist verwundert darüber, daß für das von der Firma zur Bebauung vorgesehene Grundstück infrastrukturelle Defizite geltend gemacht wurden. Schließlich seien andere Grundstücke im Bereich der Straße Am Vorend auch entwickelt worden, obwohl die städtebaulichen Leitbilder für den Stadtteil Schildgen dies ursprünglich nicht vorsahen. Seine Fraktion halte das Grundstück für im Grundsatz bebaubar.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß das Grundstück zu einem Bereich gehöre, der im Rahmen der Biotopvernetzung und des Grünrahmenplanes als erhaltenswert eingestuft werde.

Im übrigen nimmt der Ausschuß die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

e) Spurbusprojekt

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß die früher angedachte Maßnahme einer Schnellbusverbindung zwischen Gladbach und Bensberg auf dem ehemaligen Bahndamm aus der Arbeitsliste der GVFG-Maßnahmen herausgenommen wurde. Hierüber sei die Stadt durch das Rheinische Straßenbauamt in Gummersbach informiert worden. Eine Förderung dieser Maßnahme müßte nunmehr neu beantragt werden. Sie erinnert daran, daß es einen grundsätzlichen Ratsbeschluß für eine Umsetzung der Maßnahme durch den Rat nie gegeben habe. Der Förderantrag sei zwar gestellt worden, jedoch sei eine weitere Verfolgung der Angelegenheit unterblieben.

f) Gewerbegebiet Spitze

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß das MURL beabsichtige, das in Spitze geplante Gewerbegebiet nicht zu genehmigen. Der überarbeitete Gebietsentwicklungsplan liege dem MURL derzeit vor. Die Genehmigung des Gewerbegebietes liege noch bei diesem Ministerium, obwohl die Zuständigkeit an sich inzwischen zur Staatskanzlei gewechselt habe. Die Ablehnung werde nunmehr täglich erwartet. Eine Begründung für die Ablehnung habe bislang nicht in Erfahrung gebracht werden können.

Sie beabsichtige, die Angelegenheit bereits morgen oder übermorgen mit dem Leiter der Staatskanzlei zu besprechen.

Herr Jung erinnert daran, daß die Stadt seinerzeit auf andere Gewerbegebietsausweisungen verzichtet habe, um das Gewerbegebiet in Spitze zu erreichen. Werde dessen Realisierung nunmehr verhindert, müßten die anderen Bereiche erneut geprüft werden.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß interessanterweise lediglich der Gewerbegebietsteil auf Bergisch Gladbacher Boden abgelehnt werden solle, nicht jedoch der in Kürten. Begründet werde dies mit einer schwierigen Erschließung. Es sei notwendig, dem entgegenzuwirken, damit die Realisierung nicht bereits im Vorfeld durch die Umweltministerin hintertrieben werde.

5 Interkommunales Gewerbegebiet Spitze

Für Herrn Müller ist die von Bürgermeisterin Opladen vorgetragene jüngste Entwicklung zum Gewerbegebiet Spitze unverständlich. Dennoch solle die Stadt an dessen Realisierung festhalten. Der Beschlußvorschlag sei daher sinnvoll.

Auch Herr Dr. Fischer stimmt dem Beschlußvorschlag zu. Im Vorfeld solle jedoch bereits geprüft werden, ob durch ein späteres Gewerbegebiet der Durchgangsverkehr in Herkenrath überdurchschnittlich zunehme.

Herr Ziffus bewertet die jüngste Entwicklung hinsichtlich des Gewerbegebietes positiv. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe sich immer gegen dasselbe am beabsichtigten Standort ausgesprochen. Es gebe im Stadtgebiet alternative Flächen, die derzeit entweder fehlgenutzt würden oder hinsichtlich ihrer Ausnutzung intensiviert werden könnten. In der Zentrenstudie werde dargelegt, wie die Bauleitpläne für zentrumsnahe bestehende Gewerbebereiche geändert werden müßten, um die Ansiedlung tertiärer Nutzungen dauerhaft zu verhindern. Im Gewerbegebiet Moitzfeld könne durch eine zweigeschossige Nutzung eine höhere Arbeitsplatzdichte erreicht werden. Das geplante Gewerbegebiet im Bereich der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne solle ebenfalls in dieser Weise entwickelt werden und nicht, wie es sich abzeichne, mit flachen Bauten. Aus diesen Gründen sei die interkommunale Zusammenarbeit mit Kürten überflüssig.

Herr Freese betont, daß die SPD-Fraktion lediglich eine Größe des Gewerbegebietes bis zu 42 ha mit tragen wollte. Die ursprünglich anvisierten 70 ha habe sie nicht gewollt. Zwar habe die Bezirksplanungsbehörde die Fläche wieder auf 70 ha aufgestockt, jedoch müsse man sich nicht wundern, wenn deren Genehmigung in Düsseldorf nunmehr auf Schwierigkeiten stoße. Insoweit solle der Ausschuß sich darüber verständigen, um welche Größe es mit Blick auf Düsseldorf tatsächlich gehen solle.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß im Ministerium die reduzierten 42 ha zur Genehmigung vorlägen. Selbst diese reduzierte Fläche werde jedoch offenbar abgelehnt.

Dies wird von Stadtbaurat Schmickler bestätigt. Unabhängig davon könne die Bezirksplanungsbehörde natürlich eine größere Fläche vorschlagen.

Herr Freese schlägt vor, die Angelegenheit in Düsseldorf zu klären und die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt in den Rat am 14.09.2000 zu verschieben.

Nach Auffassung von Bürgermeisterin Opladen sollte der Beschluß heute gefaßt werden. Er verschlage nichts. Es sei im übrigen für die zu führenden Gespräche eine gute Basis.

Für Herrn Müller bestehen keine Bedenken, den Beschluß heute zu fassen. Allerdings solle die Angelegenheit auch noch mal für die Tagesordnung des nächsten Rates vorgesehen werden, damit dieser u.U. Gelegenheit habe, auf eine förmliche Ablehnung des Ministeriums entsprechend und angemessen zu reagieren. Denkbar sei eine Information der Bürgermeisterin unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen.

Herr Freese kündigt für den Fall eines Beschlusses die Stimmhaltung der SPD-Fraktion an.

Sodann faßt der Hauptausschuß mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmhaltung der SPD-Fraktion folgenden

Beschluß:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, mit der Gemeinde Kürten ein gemeinsames Konzept für Organisation und Planung für das interkommunale Gewerbegebiet Spitze zu entwickeln.

**6 Benennung einer Erschließungsstraße in Refrath;
Anregung der Eigentümergemeinschaft Klein, vertreten durch Herrn Helmut Klein, Siebenmorgen 6a, Bergisch Gladbach - Refrath**

Herr Müller kündigt an, der Anregung der ETG Klein zuzustimmen. Aufgrund der Vielzahl der Häuser sei eine eigene Straßenbenennung sinnvoll.

Herr Hoffstadt schließt sich dem an und beantragt, die neue Erschließungsstraße mit dem Namen „Am Steinboden“ zu versehen.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig bei Stimmhaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluß:

Die von der ETG Klein, vertreten durch Herrn Dipl.-Ing. Helmut Klein, benannte private Erschließungsstraße erhält den Namen „Am Steinboden“.

**7 Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten;
Umbesetzung in der Versammlung des Zweckverbandes Rechtsrheinischer Kölner Randkanal**

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende **Beschlußempfehlung:**

Herr Stephan Schmickler wird in seiner Funktion als Technischer Beigeordneter die Mitgliedschaftsrechte der Stadt Bergisch Gladbach in der Versammlung des Zweckverbandes Rechtsrheinischer Kölner Randkanal anstelle von Herrn Michael Kotulla wahrnehmen.

Bericht des Fachbereiches 1 zur Zielvereinbarung beim Produkt "Personalentwicklungskonzept"

Fachbereichsleiter Kreilkamp erläutert in einem mündlichen Vortrag den Bericht.

Danach weist Gleichstellungsbeauftragte Fahner auf die frauenspezifischen Schwerpunkte hin.

Im Anschluß daran beantworten beide die Fragen der Ausschußmitglieder.

Herr Freese möchte wissen, wie die Mitarbeiter auf den Abbau von Hierarchien reagiert haben und inwieweit zur Aufgabenerfüllung Zwangsmaßnahmen (z.B. Umsetzung) erforderlich waren. Er regt an, den Bericht künftig ein- bis zweimal im Jahr vorzulegen, um frühzeitig notwendige personelle Dispositionen vornehmen zu können. Er merkt an, daß viele Mitarbeiter in der Verwaltung ihre Stelle kaum oder gar nie gewechselt hätten. Statt dessen sei die jeweilige Stelle sowohl hinsichtlich der Aufgaben als auch der Bezahlung an diese Personen angepaßt worden. Er möchte bestätigt haben, daß zukünftig tatsächlich eine stärkere Stellenflexibilität Voraussetzung für einen Aufstieg ist. Er unterstellt, daß es bei der Verwaltung eine unorganische Altersstruktur gebe. Es bestehe bei bestimmten Jahrgängen ein starker Überhang, so daß ab einem bestimmten Zeitpunkt mit einem überproportional hohen Ausscheiden von Bediensteten zu rechnen sei. Von Frau Fahner möchte er wissen, ob und inwieweit deren Arbeit im Rahmen des Personalentwicklungskonzeptes erfolgreich war.

Frau Ryborsch lobt Art und Umfang des Berichtes. Sie hoffe, daß die in den letzten Jahren festzustellende Arbeitsunzufriedenheit durch die nunmehr angedachte Strukturierung abgebaut werden könne. Sie möchte wissen, wie verbindlich für die Politik die von Fachbereichsleiter Kreilkamp und der Bürgermeisterin unterzeichnete Zielvereinbarung sei. Auch interessiere sie die Stellungnahme des Personalrates zum Bericht. Der für Fortbildung angesetzte Etat müsse auf jeden Fall in seiner jetzigen Höhe bestehen bleiben. Wichtig sei, daß die in den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen oder GmbHs beschäftigten Mitarbeiter nicht von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden. Unter Hinweis auf den Willen des Rates, möglichst keine Zeitverträge mehr zuzulassen, möchte sie wissen, ob der Fortbestand des Projektes „Hilfe zur Arbeit“, das auf Zeitverträgen beruhe, gesichert sei.

Fachbereichsleiter Kreilkamp führt aus, daß viele Mitarbeiter im Rahmen der Verwaltungsreform schnell in Mehrverantwortung hineingewachsen seien. Auf der anderen Seite gebe es auch solche, die der Anleitung durch Vorgesetzte bedürften. Es werde künftig bei Stellenbesetzungen verstärkt die vorher gezeigte Bereitschaft eines Mitarbeiters zur Flexibilität eine Rolle spielen. Hinsichtlich des Altersüberhanges merkt er an, daß dem u.a. durch die Übernahme der derzeit in Ausbildung befindlichen Personen entgegengewirkt werde. Es bestehe allerdings zusätzlich noch ein Mehrbedarf. Wünschenswert sei eine konkretere Personalbedarfsplanung als bisher. Eingedenk der Ausbildungszeiten im gehobenen und mittleren Dienst bestehe eine gute Chance, auf der Basis der Personalbedarfsplanung exakter reagieren zu können. Er stellt klar, daß Bürgermeisterin Opladen die Zielvereinbarung noch als ehrenamtliche Bürgermeisterin unterschrieben habe. Insofern habe es sich nicht um eine verwaltungsinterne Angelegenheit gehandelt. Die Höhe des Fortbildungsetats werde voraussichtlich unverändert belassen. Im Sinne einer flexiblen Gestaltung müßten jedoch ggf. interne Um-

schichtungen erfolgen. Bislang habe man den betriebswirtschaftlichen Bereich besonders betont; dabei sei unter anderem auf zwei erfolgreiche Abschlußjahrgänge beim B.i.b. hinzuweisen. Bei den beiden GmbHs entscheide diese über die jeweilige Personalpolitik. Die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen unterlägen ohnehin der städtischen Einflußnahme. Zeitverträge seien dann als kritisch zu betrachten, wenn sie über den Rahmen des Stellenplanes hinausgingen. Das Projekt „Hilfe zur Arbeit“ sei aus seiner Sicht besonders zu werten, da hier die Beschäftigung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger im Vordergrund stehe.

Gleichstellungsbeauftragte Fahner stellt klar, daß die verstärkte Förderung von Frauen mehr eine Angelegenheit der gesamten Verwaltung als lediglich ihrer Person sei. Sie nehme die ihr zugeordnete Rolle zwar gewissenhaft wahr, müsse jedoch akzeptieren, daß die eigentlichen Entscheidungen auf anderen Ebenen getroffen würden. Sie weist auf Erfolge, die aus dem Bericht erkennbar seien, hin. So hätten sowohl bei den Auszubildenden als auch bei Neueinstellungen Frauen die Nase vorne. Auf der anderen Seite sei der Frauenanteil innerhalb der Gesamtverwaltung um ca. 3,5 % gesunken. Dies liege vor allem an der erfolgten Privatisierung des Reinigungsbereiches. Handlungsbedarf gebe es vor allem noch in den oberen Bereichen der Hierarchie. Hier seien nur wenige Frauen vertreten. Auf der anderen Seite sei die Teilzeitarbeit bislang eine reine Frauendomäne. Dies müsse geändert werden.

Herr Jung unterstellt, daß nicht nur der Frauenanteil, sondern auch der der Männer in der Verwaltung insgesamt gesunken sei. Es handele sich hier um eine Größenordnung von etwa 10 %. Er beziffert den Anteil der derzeit in der Verwaltung arbeitenden Frauen auf etwa 41 %. Es gebe viele Bereiche, in denen Frauen entweder keine Verwendung finden könnten oder für die diese sich nicht bewerben. Ziehe man die Mitarbeiter dieser Sparten ab, falle das Ergebnis hinsichtlich des Frauenanteiles noch günstiger aus.

Frau Böcher fragt an, ob die Verwaltung auch zukünftig Ausbildungsplätze anbieten werde. Zur Tauschbörse möchte sie wissen, ob alle in ihr registrierten Mitarbeiter die fachlichen Voraussetzungen für einen Stellentausch mitbrächten.

Fachbereichsleiter Kreilkamp antwortet, daß in der Verwaltung per 30.09.1999 23 Personen, davon 12 Frauen und 11 Männer, ausgebildet wurden. Die Kräfte des mittleren und gehobenen Dienstes seien aufgrund ihrer Ausbildung im gesamten Verwaltungsbereich einsetzbar.

Herr Dr. Fischer möchte wissen, ob im Falle eines Stellenwechsels die abgebende Stelle noch ein Einspruchsrecht besitze. Die Anlage 3 erwecke den Eindruck, als wenn von Jahr zu Jahr Personal abgebaut werde. Dies entspreche nach den Aussagen der Erläuterungen jedoch nicht den Tatsachen. Er schlägt vor, Zielvereinbarungen mit einem perspektivischen Personalabbau abzuschließen, innerhalb der aber nach Bedarf flexibel agiert werden könne.

Herr Waldschmidt möchte wissen, wie hoch das Interesse der Mitarbeiter an einer Beteiligung gewesen sei. Zur Stellenbörse fragt er an, ob es bereits eine Resonanz innerhalb der Verwaltung gebe.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß ab 2005 zahlreiche Personen in der Verwaltung in Pension bzw. Rente gehen würden. Er möchte wissen, ob hier durch eine entspre-

chende Ausbildung von Nachwuchskräften Vorsorge getroffen werde.

Fachbereichsleiter Kreilkamp führt aus, daß Umsetzungen innerhalb eines kurzen Zeitraumes vollzogen würden. Dies sei früher anders gehandhabt worden. Die Verwaltung habe zunächst nur einen Workshop zur Mitarbeiterbeteiligung vorgesehen gehabt, dem aber aufgrund des starken Mitarbeiterinteresses ein weiterer angefügt wurde. Hinsichtlich der Stellenbörse müsse die Resonanz noch abgewartet werden. Die Erfahrungen anderer Kommunen mit einer solchen Einrichtung seien jedoch eher negativ.

Im übrigen nimmt der Ausschuß die Vorlage zur Kenntnis.

9 Alterteilzeit für Beamte

Herr Freese hält die Einführung einer Altersteilzeit für Beamte vor dem Hintergrund des Gleichheitsgrundsatzes für gerechtfertigt. Zu finanzieren sei das ganze aber nur dadurch, daß jede vierte bzw. fünfte frei werdende Beamtenstelle entweder zunächst oder überhaupt nicht mehr besetzt werde. In der Regel handele es sich jedoch um erfahrene Mitarbeiter, die den Betrieb in ihrem Bereich aufrechterhielten. Deren Stellen ohne weiteres einzusparen sei kaum möglich. Er möchte wissen, ob jedem Interessenten die Altersteilzeit gleichermaßen zugestanden oder ob nach dienstlichen Erfordernissen differenziert werde.

Für Herrn Müller ist es wichtig darauf zu achten, daß der Zweck der Altersteilzeit erreicht wird. Es müsse jungen Leuten Gelegenheit gegeben werden nachzurücken.

Auch für Frau Ryborsch ist es wichtig, daß mit einer Altersteilzeit einhergehende Stelleneinsparungen kritisch überprüft werden.

Für Bürgermeisterin Opladen ist es zunächst entscheidend, durch ein Nachrücken junger Leute zu einer Erneuerung der Verwaltung beizutragen. Auf der anderen Seite könnten in den Fachbereichen durchaus weitere Überlegungen zur Einsparung von Stellen erfolgen.

Fachbereichsleiter Kreilkamp erläutert, daß im vorliegenden Falle zwischen zwei Spannungsfeldern zu wählen sei. Es gebe auf der einen Seite den arbeitsmarktpolitischen Effekt und auf der anderen die Bedürfnisse der Verwaltung. In Köln werde Altersteilzeit grundsätzlich nur dann angewandt, wenn tatsächlich die betreffende oder eine adäquate Stelle anschließend eingespart werden könne. Bei der vorgeschlagenen Lösung müßten die zu erwartenden Anträge eine Aufforderung darstellen, innerhalb der Fachbereiche und deren vorgegebenen Budgets nach weiteren Möglichkeiten für Einsparungen zu suchen.

Er geht davon aus, daß nicht alle Personen von der Möglichkeit der Altersteilzeit Gebrauch machten. Sie gehe schließlich mit einer Einkommenseinbuße einher. Für den Fall, daß es sehr viele Anträge gebe und die jeweiligen Stellen wiederbesetzt werden müßten, könne sich u.U. die Notwendigkeit auch von Ablehnungen ergeben.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende **Beschlussempfehlung:**

Die Altersteilzeit für Beamte wird entsprechend dem in der beiliegenden Vorlage der Verwaltung enthaltenen Vorschlag eingeführt.

10 Entwicklung der schienengebundenen Güterlogistik in Bergisch Gladbach

Frau Ryborsch bedauert, daß lediglich die Firma Krüger Interesse an einer Nutzung der Schiene habe. Eine Anwendung der City-Logistik würde in Bergisch Gladbach zwangsläufig zu einer Entlastung der Straßen führen, da dann einige Lkw-Fahrten entfielen. Dieser Ansatz solle weiter verfolgt werden.

Frau Schöttler-Fuchs kritisiert, daß die Umfrage unter den Betrieben lediglich telefonisch durchgeführt wurde. Ihrer Auffassung nach hätte ein Fragebogen entwickelt und den Firmen zur Beantwortung übersandt werden müssen. Sie regt an, die Bürgermeisterin zu beauftragen, mit den Firmen konkrete Gespräche zu führen.

Für Herrn Müller ist klar belegt, daß ein Transport von Gütern auf der Schiene wirtschaftlich unattraktiv ist. Der Lkw sei pro Stunde im Durchschnitt etwa dreimal so schnell wie die Deutsche Bahn AG. Zudem sei die Bahn wesentlich teurer. Ein weiteres Problem sei deren konstante Unpünktlichkeit. Ohne eine wesentliche Verbesserung der Rahmenbedingungen sei kein wirtschaftlich denkendes Unternehmen geneigt, seine Güter auf der Schiene zu transportieren.

Herr Schmickler hält die Versendung eines Fragebogens für wenig geeignet. Wichtiger seien persönliche Kontakte, die auch über Telefongespräche gepflegt würden. Telefonate seien zudem wirtschaftlich und schnell. Den Kontakt mit der Firma Krüger werde man in der Angelegenheit in jedem Falle aufrechterhalten.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß in Deutschland jeder Lkw finanziell gefördert werde. Dies gelte in noch verstärktem Maß auch für ausländische Fahrzeuge. Er geht davon aus, daß das Schienennetz in absehbarer Zeit ähnlich klassifiziert sei wie bereits die Straßen. Die Gemeinden würden dann ihren eigenen Anteil am Schienennetz besitzen und seien dazu verpflichtet, diesen zu unterhalten und wirtschaftlich zu nutzen.

Sodann faßt der Hauptausschuß mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und F.D.P. folgenden **Beschluß:**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 31.05.1999 zur Entwicklung der schienengebundenen Güterlogistik in Bergisch Gladbach wird abgelehnt.

11 Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Stabsstelle "Behördenlotse" zur Unterstützung insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Handwerksbetriebe im Rahmen von Baugenehmigungs- und Nutzungsänderungsverfahren

Herr Freese weist darauf hin, daß ein gleichlautender Antrag beim Kreis durch die Unterstützung der dortigen CDU-Fraktion eine Mehrheit gefunden habe. Ziel des An-

trages sei es, insbesondere Gewerbetreibenden im Baugenehmigungsverfahren eine Hilfe anzubieten. Im interkommunalen Vergleich habe die Bauaufsicht von Bergisch Gladbach lediglich mittelmäßig abgeschnitten. In Fachbereich 6 könne mit dem vorhandenen Personal die gewünschte Stabsstelle eingerichtet werden. Er unterstellt, daß der Antrag nur aufgrund seiner Urheberschaft abgelehnt werde. Er behauptet, daß es bei der Verwaltung schon bald die gewünschte Stabsstelle geben werde.

Für Herrn Müller ist ein Behördenlotse deshalb nicht notwendig, weil die Bergisch Gladbacher Verwaltung im Vergleich recht klein sei und gerade im Bereich der Bauaufsicht gut funktioniere. In Köln und beim Kreis lägen andere Voraussetzungen vor. Er geht davon aus, daß sich die Arbeitsabläufe im Fachbereich noch verbessern lassen. Dies sei jedoch keine Begründung, dem Antrag stattzugeben.

Für Herrn Schmickler ist es sinnvoll, bereits gut arbeitendes Personal zu optimieren. Hierzu bedürfe es keiner Ausweitung des Personalbestandes im Fachbereich. Zudem werde durch die Einrichtung der gewünschten Stabsstelle lediglich eine weitere Ebene innerhalb der Verwaltungsstruktur geschaffen.

Für Herrn Kierspel besteht eine mögliche Verbesserung darin, einen erhöhten Datenschutz zu gewährleisten. Gerade bei der Bauaufsicht sei es nahezu unvermeidlich, über in den Gängen geführte Gespräche bzw. die Belegung von Büros mit mehreren Mitarbeitern Details anderer Bauvorhaben mitzubekommen.

Herr Dr. Fischer spricht sich gegen die Einrichtung der Stabsstelle aus. Es müsse Ziel sein und bleiben, die Serviceleistungen der Mitarbeiter stetig zu verbessern.

Dem schließt sich auch Bürgermeisterin Opladen an.

Sodann faßt der Hauptausschuß mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß**:

Der Antrag wird abgelehnt.

12 Anfragen der Ausschussmitglieder

1. Anfragen zum autofreien Tag, zur Buslinienführung im Bereich Hebborner Feld sowie zur Durchführung von Sitzungen in Bensberg

Herr Waldschmidt stellt folgende Fragen:

- a) Welche Maßnahmen habe die Verwaltung für den autofreien Tag am 22.09.2000 vorgesehen?
- b) Wie sei der derzeitige Sachstand hinsichtlich der Buslinienführung im Bereich Hebborner Feld?
- c) Sei der Bürgermeisterin bekannt, daß sich im Bereich des Rathauses Bensberg der einzige Behindertenparkplatz unterhalb am Hang befinde und es Behinderten daher ohne fremde Hilfe nahezu unmöglich sei, den Ratssaal für die Sitzungen der politischen Gremien zu erreichen?

Bürgermeisterin Opladen sichert zu c) zu, daß dieser Zustand verbessert werde.

Notwendig sei dies auch mit Blick auf die Möglichkeit, daß sich künftig behinderte Personen in den Fraktionen engagierten.

Die Anfrage zum Bereich Hebborner Feld werde schriftlich beantwortet, da hier das Ergebnis einer Besprechung mit der Bezirksregierung zu berücksichtigen sei.

Auch die Anfrage zum autofreien Tag werde zügig beantwortet.

2. Anfrage zur Absperrung des Parkplatzes hinter dem Rathaus Bergisch Gladbach

Herr Freese weist darauf hin, daß in jüngster Zeit nicht nur die Kette, die den Parkplatz hinter dem Rathaus Bergisch Gladbach vor unbefugter Benutzung schützt, beschädigt, sondern jetzt auch das Schloß entwendet wurde. Die Belegungssituation des Parkplatzes sei inzwischen für alle Mitglieder der Fraktionen zu einem ständigen Ärgernis geworden. Er fragt an, welche Maßnahmen die Verwaltung umzusetzen gedenkt, um hinsichtlich der Absperrung einen Zustand herbeizuführen, der demjenigen entspricht, wie er seinerzeit bei Vorhandensein der Schranke gewesen ist.

3. Anfrage zu einer Busschranke in Neufrankenforst

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß die vorhandene Busschranke in Neufrankenforst erneut schwer beschädigt wurde. Sie bittet um Auskunft, wann die Verwaltung diese reparieren lasse.

4. Anfrage zur Installierung von PV-Rat bei den Fraktionen

Frau Böcher fragt an, wann die Fraktionen mit PV-Rat ausgestattet werden.

5. Anfrage zur Ausweisung von Gewerbeflächen im Bereich Moitzfeld

Frau Schöttler-Fuchs weist darauf hin, daß in der Überarbeitung des Gebietsentwicklungsplanes im Bereich Moitzfeld ca. 16 ha zusätzliche Gewerbefläche angelegt wurden. Sie möchte wissen, wie hier der Sachstand ist.

Die Anfragen werden, soweit sie nicht bereits mündlich beantwortet wurden, schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.